

# De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt



Juni 2019

[www.dkp-koeln.de](http://www.dkp-koeln.de)

# Wohnungen in öffentliche Hand!

In Berlin sammelt eine Initiative Unterschriften für ein Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Die Kampagne nimmt das Grundgesetz, Art. 15, in Anspruch, wo es heißt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Dieser Artikel, klagt die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine, sei doch längst vergessen gewesen, nur im Geschichtsunterricht hätte er noch eine Rolle gespielt. Sollten die Enteigner in Berlin Erfolg haben, wäre das ein schwerer Schaden für die marktwirtschaftliche Ordnung, zu deren tragenden Prinzipien ein starker Schutz privaten Eigentums gehöre. Auch Angela Merkel wendet sich gegen die Enteignung von Wohnungskonzernen. „Zu glauben, es entstünden mehr Wohnun-

gen, wenn wir die enteignen, die Wohnungen bauen, halten wir glatt für den falschen Weg.“ Und sie kann sich

## Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Europaweiter Mieterprotest vom 6. April
- Sein Loft ist im Keller (2. Teil)
- Arbeiterjugend in der BRD 2019
- Fridays4Future
- Bahn oder Automat
- Antrag zur Enteignung
- SDAJ Festival der Jugend 2019

unwiderrprochen auf die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles berufen, die ebenfalls gegen Enteignungen sei. Die FDP will sogar den ganzen GG-Artikel 15 abschaffen. „Die gesetzgeberische Option der Verstaatlichung ist der Blinddarm des Grundgesetzes: zwar enthalten, aber nutzlos und im Zweifel ein Entzündungsherd, der Schaden anrichtet“, sagt Marco

wicklung der Mieten und auch der Mietgesetzgebung zu beeinflussen. Zudem war die überwiegende Mehrzahl seiner Wohnungen vor einigen Jahren noch in öffentlichem Eigentum. Es geht also auch darum, dass die Berliner ihre Häuser wieder zurück bekommen. Zunächst benötigt das Volksbegehren 20.000 Unterschriften. Ein Gesetzentwurf soll vorsehen:

- die Vergesellschaftung der Bestände aller privatwirtschaftlicher Wohnungsunternehmen mit über 3000 Wohnungen im Land Berlin.
- die gemeinwirtschaftliche, nicht profitorientierte Verwaltung der Wohnungsbestände durch eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)
- das Verbot der Reprivatisierung
- Zahlung einer Entschädigung deutlich unter Verkehrswert

*Klaus Stein*

**GRUND & BODEN  
KÖNNEN ZUM  
ZWECHE DER  
VERGESSELL-  
SCHAFTUNG IN  
GEMEINEIGENTUM  
ÜBERFÜHRT  
WERDEN.**

Grundgesetz, Artikel 15

**/// IDEUTSCHE  
WOHNEN  
ENTEIGNEN**

Buschmann, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

Tatsache ist: der Wohnungskonzern „Deutsche Wohnen“ beherrscht mit seinen 120.000 Wohnungen in Berlin den Wohnungsmarkt. Allein durch seine Größe ist er in der Lage, die Ent-

## Europaweiter Mieterprotest am 6. April

6. Februar 2018: Zweiundzwanzig Mieter im „Haus Baden“, Trajanstraße 10, haben die Kündigung erhalten. Aber sie wehren sich. Die Wohnungsgesellschaft begründet die Kündigung: „da wir ansonsten bei einer Fortsetzung des Mietverhältnisses an einer angemessenen Verwertung gehindert sind.“ „Haus Baden“ verspricht sich Mehreinnahmen von 172 800 Euro pro Jahr. Die Initiative „Recht auf Stadt“ hat sogleich zu einer Demonstration

gegen Verdrängung aufgerufen und eine Petition ins Netz gestellt. Sie fordert die Rücknahme der Kündigungen. 80 Menschen protestieren vor dem Haus. Es spricht eine der betroffenen Mieterinnen, Ellen Hübner, 70 Jahre, Rentnerin. Sie ist auch bei den folgenden Aktionen dabei. Haus Baden wird bald wöchentlich mit Mahnwachen behelligt.

31. August 2018: 80 Menschen versammeln sich vor dem Haus Am Ferkulum 16, nicht weit vom Chlodwigplatz. Hier

gewesen, sie hätten lediglich übers Internet eine Unterkunft in der Innenstadt gesucht - und mit 200 € pro Tag sei diese auch teuer genug. Der Bezirksbürgermeister ist auch da. Tatsächlich bewirkt der Protest, dass die Stadt die Zweckentfremdung unterbindet - in diesem Fall. Das Problem aber greift um sich, besonders in der Innenstadt.

Eine Reihe von Protestaktionen gab es im Vorfeld der Demonstration „Gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn“. Am 6. April sind in vielen Städten



Foto: Klaus Stein

sind Wohnungen zu Feriendomizilen umgewandelt und dem Wohnungsmarkt entzogen worden. Stichwort AirBnB. Deswegen der Protest.

Natürlich ist keiner der Vermieter vor Ort, die wohnen gar nicht in Köln. Aber zwei Touristen aus Belgien geben bereitwillig Auskunft und zeigen sich sogar solidarisch mit den Protesten. Ihnen sei das Problem so nicht bewusst

Menschen für bezahlbares Wohnen auf der Straße. Insgesamt 55.000. Allein in Berlin 35.000 Menschen.

In Köln sind die Mieten für Wohnungssuchende seit 2010 um 40 Prozent gestiegen. Der Kölner Aufruf fordert die Bestrafung von Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher, den Stopp von Luxussanierungen und Verreibung. Der Ausverkauf öffentlicher

Liegenschaften sei zu beenden und Wohnungen in öffentliches und genossenschaftliches Eigentum zu überführen.

*Klaus Stein*

Teil 2 der Fortsetzung von

## **Sein Loft ist im Keller**

wir trinken, es ist scheissekalt und er erzählt mir bereitwillig wie er hier vor 15 jahren einzog, einfach einzog und blieb. gegenüber geboren, gegenüber großgeworden, bund, alkohol, gegenüber mit den eltern gewohnt, arbeit, alkohol, eltern tot, haus geerbt, arbeit, alkohol.

alkohol, keine arbeit, alkohol, alkohol, alkohol, zwangsvollstreckung.

-was hast du gearbeitet?-

-buchhalter-

es stellt sich heraus: ein buchhalter mit einer phobie vor anträgen. der sich irgendwann geschworen hat nie mehr ein formular auszufüllen. das sind nur schriftfallen mit dem der staat dich in die scheisse reiten will. ich kann dem nur beipflichten. wir trinken, ich rauch mein pfeifchen, es ist scheissekalt.

ich darf sehen was vor der zwangsvollstreckung gerettet werden konnte: die eichefurnierwohnzimmerschrankwand aus den siebzigern, auseinandergebaut, an die wand gestapelt. könnte vielleicht ein symbol der hoffnung sein, doch noch mal bürgerlich zu wohnen, aber so ganz glaubt man es nicht.

ferner eine sammlung mit jahresbänden

eines buchclubs, die mit den vier in die jämmerlichkeit gekürzten romanen der weltliteratur in einem band. 20 jahre ununterbrochen, heutzutage unbezahlbar.

die kartons auf dem boden mit dem schlafsack.

und das klo, in das sich die mitmachmöchtegergengekulturletztendlichdochnurpopscheiße aus geschätzten zwanzig proberäumen entleert und, das ist auch eine art musikgeschichte, und aufgrund extremer harnsteinbildung nur noch ein kleines röhrchen abfluß ermöglicht.

normal geht das nicht, das geht nur mit alkdünnpfeiff und wenn man mit weggeworfenem fastfood seinen speiseplan aufpeppt.

das land in dem wir gut und gerne leben.

die metanlage aus benzinkanister und bremsschläuchen. met, das hauptnahrungsmittel wird selbst fermentiert, und er legt los: preisübersicht aktuelle kosten für hefe, zucker, honig, und in welcher supermarktkette gerade am billigsten.

manager eben.

und: wo wird in welchem supermarkt das billigere no-name produkt versteckt. und auch hier: marktübersicht, die preisübersicht, grundlage jeder vernünftigen kalkulation. Top-manager eben.

*Achmett Schachbrett*

(Fortsetzung folgt)

## **Auf die Straße getrieben – Arbeiterjugend in der Bundesrepublik Deutschland 2019**

Die Not wächst, besonders bei den Schwächsten. »Der massive Wohnungsmangel verschärft die Lage junger Menschen, die obdachlos werden«, warnte am 05. März die Stiftung »Off Road Kids«, die Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der Straße hilft. In ihrem Jahresbericht 2018 offenbarte sie eine alarmierende Entwicklung.

Wie viele Jugendliche in der Bundesrepublik tatsächlich wohnungslos sind, weiß offiziell niemand. Allerdings ging die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) 2017 davon aus, dass die Zahl der Menschen ohne Bleibe insgesamt von rund 860.000 im Jahr 2016 auf 1,2 Millionen Ende 2018 ansteigen dürfte. Auch Kinder seien zunehmend davon bedroht, hieß es. Zur selben Zeit schätzte das Deutsche Jugendinstitut die Zahl der unter



Uwe Hirsch, 22.06.18: Keine Bundeswehr auf der YOU!  
Wikimedia Commons, CreativeCommons-Lizenz by-sa-2.0-de,  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/legalcode>

25jährigen, die auf der Straße leben, rückblickend auf 37.000, darunter Tausende Minderjährige.

Der Mangel wird immer schlimmer. Es ist höchste Zeit, dass die Kommunen mehr Wohnraum schaffen, denn ohne ein Dach über dem Kopf gibt es keine Perspektive. Aus dem Sofortprogramm der DKP: «Dass junge Menschen die Zukunft seien, hört man oft. Immer häufiger gilt jedoch: Ohne reiche Eltern sind viele Lebensperspektiven von vorneherein verbaut. Für die Entwicklung junger Menschen sind daher die richtigen Rahmenbedingungen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten unerlässlich. Jugendlichen muss der Zugang zu einer umfassenden Bildung und damit auch zur Hochschule ermöglicht werden.

Neben einer permanenten Auslese ist vor allem die Finanzierung eines Studiums für die meisten Studierenden die größte Hürde. Ständig steigende Mieten und die Wohnungsknappheit verschärfen diese Situation. Der Großteil der Absolventen verlässt die Universität mit Schulden. Viele Jugendliche finden keinen betrieblichen Ausbildungsplatz und werden in Warteschleifen abgeschoben. So wird ihnen ein Start ins Berufsleben verweigert. Die meisten Auszubildenden bekommen eine Ausbildungsvergütung, die nicht für ein elternunabhängiges Leben reicht. Diese Situation nutzen die Kriegstreiber für sich aus. Die DKP ist gegen Propagandaveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen. Kriegshandwerker haben in der Schule nichts zu suchen! Wir fordern eine um-

fassende Demokratisierung und Gestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen! Neben einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre müssen vor allem wirksame und umfängliche Interessenvertretungen in Schule, Universität und Betrieb eingerichtet werden.»

*Wolfgang Reinicke-Abel, Köln / Lüttich*

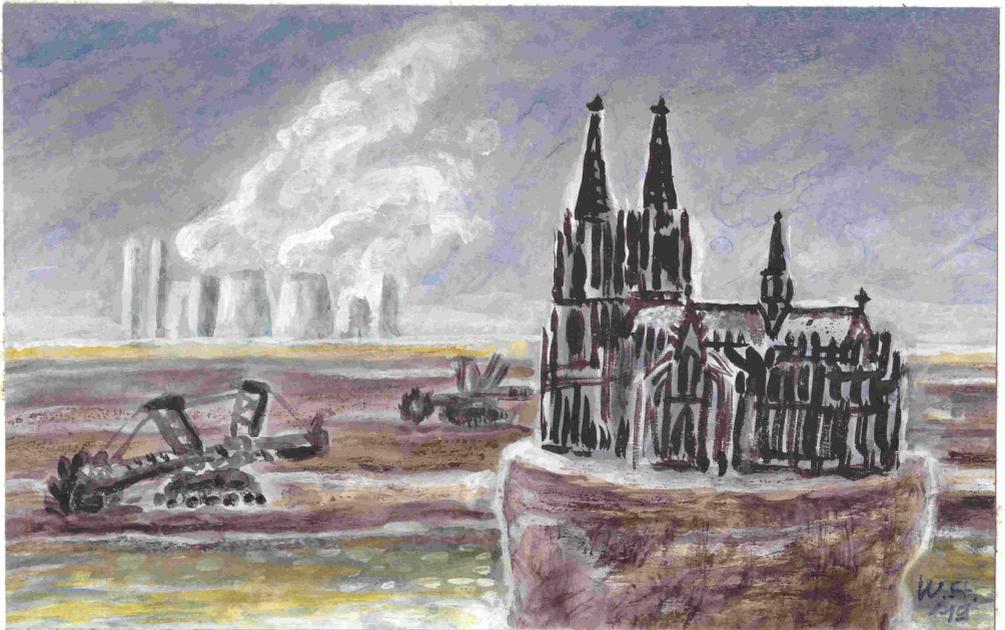
### **Was haben uns die Schüler und Studenten von „Fridays4Future“ zu sagen?**

Wieder streiken Schülerinnen und Schüler unter dem Motto „Fridays4Fu-

ture“ für einen wirkungsvollen Klimaschutz. „Streik“ bedeutet in diesem Fall, dass junge Menschen auf die Straße anstatt in den Unterricht gehen. Sie sind die Generation, die die drastischen Folgen des Klimawandels deutlich zu spüren bekommen wird.

Die vergangenen zwei Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. 2017 wurde die höchste mittlere Konzentration von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in der Atmosphäre mit fast 405 ppm (parts per million) erreicht. Vor der Industrialisierung lag der Wert bei 280 ppm.

## Braunkohletagebau Köln



**Am 3.3.2009 wurde beim Einsturz d. Stadtarchivs Braunkohle freigelegt: Innovation für NRW**

Aber nicht nur die Atmosphäre wird wärmer, auch die Ozeane erwärmen sich. Die daraus resultierenden Hurrikans in Südostasien, der Karibik und in den USA geben uns einen Vorgeschmack auf zukünftige Extremereignisse. Das Sturmtief „Friederike“ vor einem Jahr mit Orkanböen von über 200 km/h forderte allein in Deutschland acht Menschenleben und legte das öffentliche Leben lahm.

Immer noch fließt ein Vielfaches mehr an staatlichen Subventionen in fossile Energieträger als in die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien. Teile des Monopolkapitals machen einen Riesenprofit, die Menschen sollen dafür zahlen.

Wir brauchen eine sozial-ökologische Wende in allen Lebensbereichen: Mit einer Energiewende, die auf erneuerbare Energien in öffentlicher bzw. gemeinwirtschaftlicher Hand setzt. Mit einer Agrarwende, die statt Massenproduktion auf Förderung ökologischer Landwirtschaft setzt. Mit industrieller Abrüstung, in der überflüssige Produktion – zuallererst Rüstung – durch gesellschaftlich nützliche Produktion ersetzt wird. Das Alles ist bezahlbar, wenn die öffentlichen Einnahmen er-

höht werden, durch Umverteilung des Reichtums, Austrocknen der Steuer-oasen, angemessener Besteuerung der Konzerne und Finanztransaktionen.

Die Jungen haben angefangen, sich zu wehren. Sie sollten nicht damit aufhören. Die Klima-Bewegung kann das Vertrauen der arbeitenden Menschen gewinnen, indem sie bestrebt ist, Umweltfragen mit der sozialen Frage zu verbinden. Der Kampf für eine nachhaltige Wirtschaft ist wichtig, aber auch der Kampf für mehr Arbeitsplätze, besseren Wohnungsbau und Stadtentwicklung, gesunde und bezahlbare Lebensmittel. Dies ist der Hebel, um eine andere Gesellschaft aufzubauen, von der Macht der Monopole befreit, basierend auf sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Change the system - not the climate - Rot ist das Neue Grün.

*Wolfgang Reinicke-Abel, Köln / Lüttich*

## **Neues vom Dorf-Verkehr-Köln: Bahn oder Automat, beides zusammen geht nicht!**

Von einem der Redaktion bekannten Zeugen wurde der DrP folgender Augenzeugenbericht zugespielt:

KVB-Linie 13, Anfang April 2019, Höhe Oskar-Jäger-Straße - die Bahn steht auf offener Strecke:

Fahrerdurchsage: „Ich kann leider nit weiter fahren, dat Ding is kapott!- Kann mal jemand hingehen und gucken, ob et hinten der Fahrkartenautomat

### Impressum:

#### **Herausgeber:**

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

#### **Eigendruck**

#### **Kontakt:**

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 11, 50678 Köln



noch tut?“

Meldestaffel von hinten nach vorn:  
„Ja, Ja, Jaaa, der tut es.“

Fahrerdurchsage: „Jod, dann mach ich grad mal alles aus.“-

Die gesamte Elektrik schweigt.  
Neustart nach gut 1 Minute.

Fahrerdurchsage: „Tut et dann der Automat jetzt wieder?“

Meldestaffel von hinten nach vorn:  
„Nä, Nein, Nee, geht nicht!“

Fahrerdurchsage: „Ja, dann können wir ja weiter fahren!“

*Walter Stehling*

## Auftrag zur Enteignung eines Grundstücks

In der Richard-Wagner-Straße wird immer noch nicht gebaut. Der Eigentümer missachtet seit Jahren das Baugebot der Stadt. Noch im April vergangenen Jahres hatte ihn die 5. Zivilkammer des Landgerichts zur Zahlung einer Vertragsstrafe von 710.000 Euro plus Zinsen verurteilt, insgesamt 840 000 Euro. Der Express berichtete, dass der Ei-

gentümer unterdessen ein Kaufangebot über 9,12 Millionen Euro vorliegen habe.

Und das ist das Geheimnis: in die Wertsteigerungen sind die Strafzahlungen schon eingepreist. Allein die Lage lässt die Mieten in die Höhe schießen. Aber nun, am 21. März, hat die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer Mehrheit die Stadt Köln beauftragt, ein Enteignungsverfahren gemäß § 85 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten. Sie folgt damit einem interfraktionellen Antrag der Linkspartei (2 Sitze), der Grünen (6 Sitze), der SPD (4 Sitze), GUT (1 Sitz) und Deine Freunde (1 Sitz).

CDU (4 Sitze) und FDP (1 Sitz) waren dagegen.

*Paula Pawlik*

**Unser nächster Gruppenabend:  
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr  
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

**Schau doch mal vorbei!**